

## Konsumschub durch das Jahressteuergesetz 1996

Das Jahressteuergesetz 1996 wird in diesem Jahr durch die Anhebung des Existenzminimums und die Neugestaltung des Familienlastenausgleichs vor allem für die geringer verdienenden Familien mit Kindern eine deutliche Erhöhung des verfügbaren Einkommens bringen. Das Volumen der steuerlichen Entlastungen liegt 1996 bundesweit bei 21 Mrd. DM und wird im Zuge weiterer Verbesserungen in den Folgejahren noch ansteigen. Entlastungen können die privaten Haushalte 1996 außerdem durch den Wegfall des Kohlepfennigs erwarten, während umgekehrt die Erhöhung von Beitragssätzen für die Sozialversicherung zu Belastungen der Einkommensbezieher führt. In der Bilanz ergibt sich 1996 eine Nettoentlastung von bundesweit etwa 20 Mrd. DM, die überwiegend konsumwirksam werden dürfte. Allein die Einkommensverbesserungen bei baden-württembergischen Haushalten könnten 1996 den konsumnahen und den produktionstechnisch vorgelagerten Branchen des Landes einen Konsumschub verschaffen, der rund 13 000 Arbeitsplätze im Lande sichern oder teilweise sogar neu schaffen kann.

### Konjunkturelle Erwartungen für 1996

Der Private Verbrauch ist allein schon aufgrund seiner Größe – sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt Baden-Württembergs liegt bei rund 53 % – ein wichtiges Nachfrageaggregat und damit auch ein zentraler Faktor für die konjunkturelle Entwicklung im laufenden Jahr 1996. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung betrachtet zwar die Ausfuhren als Schlüsselgröße des konjunkturellen Wachstums 1996 und sieht für die Exportwirtschaft aufgrund der weltweiten konjunkturellen Aufwärtsentwicklung weitere Expansionsmöglichkeiten, er weist aber auch auf die Risiken in Form einer weiterhin hochbewerteten DM und der anhaltenden Kostenklemme vieler exportorientierter Firmen hin. Da auch die Investitionstätigkeit, die Beschäftigung und damit die Einkommen maßgeblich von der „Konjunkturlokomotive“ Ausfuhren abhängen, kommt der Rat zum Ergebnis, daß das von ihm erwartete Wirtschaftswachstum von real + 2 % für Gesamtdeutschland nur dann erreicht werden kann, wenn 1996 der Private Verbrauch aus der Rolle des konjunkturellen Nachzüglers zumindest in die eines Mitläufers überwechseln kann.<sup>1</sup>



Der Autor: Dr. Werner Münzenmaier war früher Referent im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Gegenwärtig ist er im Finanzministerium Baden-Württemberg unter anderem zuständig für volkswirtschaftliche Grundsatzfragen.

kelt hat als im Schnitt der alten Länder, was unter anderem auch mit der im Lande überdurchschnittlich starken Zunahme der Bevölkerung zu erklären ist. Nach einem Anstieg des preisbereinigten Verbrauchs in den Jahren 1990 und 1991 um bemerkenswerte 6,0 bzw. 5,9 % war 1992 nur noch eine reale Konsumausweitung um 2,3 % festzustellen, die 1993 mit + 0,3 % fast in eine Stagnation übergegangen ist (Tabelle 1 und Schaubild 1). In den beiden Folgejahren konnte sich der Private Verbrauch nur leicht erholen; 1994 betrug der Anstieg in Gesamtdeutschland 0,9 % bzw. in Westdeutschland 0,6 %. Auch 1995 blieb nach ersten Berechnungen der Private Verbrauch in Gesamtdeutschland mit + 1,3 % hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung (+ 1,9 %) zurück.

Von den mangelnden Verbraucherimpulsen waren die Einzelhandelsumsätze besonders stark getroffen. Sie sind seit 1992 real rückläufig und haben in Baden-Württemberg 1992 um 1,7 %, 1993 um 4,9 % und 1994 um 2,3 % gegenüber dem jeweiligen Vorjahr abgenommen. Im Gefolge davon wurde der Beschäftigtenstand im Einzelhandel 1993 um 2,8 bzw. 1994 um 3,8 % reduziert (Schaubild 1). 1995 dürfte sich diese Situation allenfalls leicht entspannt haben.

### Zuletzt nur bescheidener Anstieg des Privaten Verbrauchs ...

Tatsächlich hat der Private Verbrauch in den letzten fünf Jahren nur in relativ bescheidenem Maße zur Stützung der Konjunktur beigetragen. Dies gilt auch für Baden-Württemberg, wengleich sich der Private Verbrauch im Südwesten seit Mitte der 70er Jahre real in jedem Jahr etwas günstiger entwick-

### ... aufgrund geringer Zunahmen der Nettoeinkommen

Die Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte in den letzten drei Jahren ist auf einen nur mäßigen Anstieg der Nettoeinkommen zurückzuführen. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, haben sich die Zuwachsraten des verfügbaren Einkommens je Kopf der Bevölkerung in Baden-Württemberg kontinuierlich von + 8,4 % in 1990 auf + 1,0 % in 1993 verringert. 1994 dürfte, wenn man sich an der Entwicklung Westdeutschlands orientiert (+ 2,3 % gegenüber + 1,7 % in 1993), nur eine leichte Verbesserung eingetreten sein.

<sup>1</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1995/96 (Zitierweise: Jahresgutachten), S. 234.

Tabelle 1

**Individualeinkommen und Privater Verbrauch in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1990 bis 1994**

Jahr	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer		Verfügbares Einkommen je Einwohner		Privater Verbrauch			
	Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet	Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet	jeweilige Preise		Preise von 1991	
					Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet	Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
1990	+5,1	+4,8	+8,4	+7,9	+8,8	+8,2	+6,0	+5,4
1991	+5,7	+6,1	+7,6	+7,6	+9,8	+9,6	+5,9	+5,6
1992	+5,3	+5,9	+4,1	+4,2	+6,1	+6,2	+2,3	+2,1
1993	+2,1	+2,7	+1,0	+1,7	+3,5	+3,6	+0,3	+0,1
1994		+2,8		+2,3		+3,4		+0,6

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

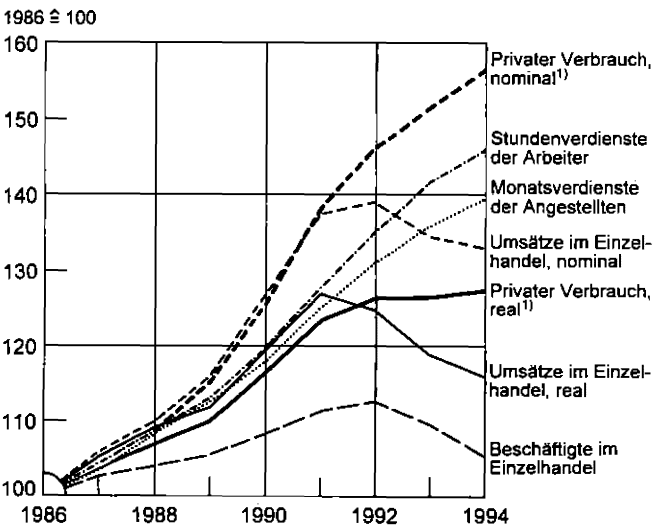
Zu dieser zuletzt nur mäßigen Entwicklung des verfügbaren Einkommens haben mehrere Komponenten beigetragen. In erster Linie zu nennen ist die Entwicklung der Bruttoeinkommen. So haben die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer in Baden-Württemberg 1993 nur noch um 2,1 % zugenommen. Im früheren Bundesgebiet war die Entwicklung 1993 zwar besser (+2,7 %), hat aber auch 1994 (+2,8 %) nicht weiter angezogen.

Wie in *Schaubild 1* dargelegt, sind die Monatsverdienste der Angestellten bei Industrie und Dienstleistungen in Baden-Württemberg zuletzt nur abgeflacht angestiegen, nämlich 1992 um 4,8 %, 1993 um 3,6 % und 1994 um 2,8 %. Bei den Stundenverdiensten der industriellen Arbeiter war die Entwicklung mit +5,9 %, +4,9 % und +3,0 % in der Tendenz ähnlich. 1995 dürfte noch keine entscheidende Trendwende eingetreten sein.

Neben dem nur bescheidenen Anstieg der Individualeinkommen hat auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt, also die seit 1992 rückläufige Zahl der Erwerbstätigen, die Entwicklung der Gesamteinkommen gebremst. Schließlich ist das verfügbare

Schaubild 1

**Indikatoren zur Konsumententwicklung in Baden-Württemberg 1986 bis 1994**



1) Privater Verbrauch 1994 mit der Entwicklung der alten Länder fortgeschrieben.

Einkommen zusätzlich dadurch gedämpft worden, daß ab 1990 die Steuer- und Abgabenlast angestiegen ist, insbesondere durch die Einführung der Pflegeversicherung und des Solidaritätszuschlags im Jahre 1995 und die Erhöhung kommunaler Gebühren und Abgaben.

**Steuerentlastungen berechtigen zu Hoffnungen für 1996**

Die für die Bruttoeinkommensentwicklung maßgebenden Komponenten werden wohl auch im laufenden

Jahr 1996 schwach bleiben. Für Westdeutschland und damit auch für Baden-Württemberg dürften die konjunkturellen Impulse nicht stark genug sein, um den Beschäftigtenstand zu erhöhen – der Sachverständigenrat geht von einer Fortsetzung des Arbeitsplatzabbaus aus, wenngleich in wiederum abgeschwächter Form. Und auch für die Bruttolöhne und -gehälter erwartet der Sachverständigenrat für 1996 eine geringere Zunahme als im vergangenen Jahr.<sup>2</sup>

**Elemente des Jahressteuergesetzes**

Um so wichtiger werden für den Privaten Verbrauch und damit für die Konjunktur insgesamt die Steuerentlastungen aufgrund des Jahressteuergesetzes 1996. Das Jahressteuergesetz 1996 hat in Bezug auf die privaten Haushalte im wesentlichen drei Komponenten, nämlich

- Neuregelung des Existenzminimums und Neugestaltung des Einkommensteuertarifs,
- Reform des Familienlastenausgleichs,
- Maßnahmen zur Steuervereinfachung und zur Rechtsbereinigung, vor allem bei der doppelten Haushaltsführung, der Berücksichtigung häuslicher Arbeitszimmer, der Neuregelung bei der privaten Pkw-Nutzung sowie der Pauschalierung von Verpflegungsleistungen und Werbungskosten.

Die Auswirkungen dieser Steuerrechtsänderungen auf die Einkommen im Jahre 1996 sind in der *Übersicht* zusammengestellt. Danach ergibt sich in der Summe eine Nettoentlastung der privaten Haushalte der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von rund 20,9 Mrd. DM.

Der überwiegende Teil, nämlich 15,5 Mrd. DM, entfällt dabei auf die Neuregelung des Existenzminimums und die Neugestaltung des Einkommensteuertarifs. Dahinter steht die Anhebung des Grundfreibetrags von zuvor 5 616 DM auf das neue Existenzminimum in Höhe von 12 095 DM, jeweils für Ledige, bzw. von 11 232 DM auf 24 191 DM für Verheiratete. Steuerpflichtige mit einem zu versteuernden Einkommen bis zu dieser Größe sind seit dem 1. Januar 1996 ganz von der Steuer befreit, und bis zu einem Betrag von 55 700 DM für Ledige bzw. 111 400 DM für Verheiratete haben sie inzwischen weniger an

<sup>2</sup> Vgl. Jahresgutachten, S. 234.

Einkommensteuer zu entrichten als bisher. Dabei ist die Entlastung in den unteren Einkommensklassen absolut und relativ am höchsten.

Im Rahmen der Umgestaltung des Familienlastenausgleichs wird seit 1. Januar dieses Jahres das Kindergeld für das erste und für das zweite Kind auf monatlich 200 DM, für das dritte Kind auf monatlich 300 DM und für das vierte und alle weiteren Kinder auf monatlich 350 DM angehoben. Im Vergleich zu den früheren Höchstsätzen (70 DM für das erste, 130 DM für das zweite, 220 DM für das dritte und 240 DM für das vierte Kind) ist dies eine erhebliche Verbesserung. Anstelle des Kindergeldes können besser verdienende Steuerpflichtige aber auch einen neuen, ebenfalls erhöhten Kinderfreibetrag – für Verheiratete 6 264 DM je Kind – in Anspruch nehmen. Dabei dürfte in fast allen Fällen die Inanspruchnahme von Kindergeld günstiger sein. Nach den Berechnungen des Bundesfinanzministeriums werden sich die Kindergeldzahlungen 1996 auf 45,2 Mrd. DM erhöhen und damit den Wegfall des bisherigen Kindergeldes (20,1 Mrd. DM) sowie des größten Teils des bisherigen Kinderfreibetrags (16,3 Mrd. DM) überkompensieren, so daß netto eine Erhöhung des Familienlastenausgleichs von 8,8 Mrd. DM übrig bleibt.

Zwar führen die genannten Maßnahmen zur Steuervereinfachung und Rechtsbereinigung im Jahressteuergesetz zu Steuermehrbelastungen bei den betroffenen Bevölkerungsschichten in Höhe von 3,4 Mrd. DM; dennoch bleiben für 1996 unter dem Strich Nettoentlastungen von rund 20,9 Mrd. DM (*Übersicht*).

### Weitere Rechtsänderungen

Diesen Steuerentlastungen sind allerdings steigende Sozialversicherungsbeiträge gegenzurechnen. Nach den bisher vorliegenden Schätzungen werden die Arbeitnehmer für die ab 1. Januar 1996 angehobenen Renten- und Krankenversicherungsbeiträge sowie für die zweite Stufe der Pflegeversicherung ab 1. Juli 1996 insgesamt fast 9 Mrd. DM zusätzlich zu zahlen haben. Andererseits werden die Bürger durch den Wegfall des Kohlepfennigs um rund 8 Mrd. DM entlastet, weil die Subventionierung der heimischen Steinkohle bei der Stromerzeugung inzwischen nicht mehr von den Stromkunden, sondern über den Bundeshaushalt finanziert wird. Dies entlastet die Bürger entweder direkt oder – falls die verbilligten Stromkosten von der produzierenden Wirtschaft weitergegeben werden – indirekt.

### Umfang des Entlastungsvolumens

Wenn man die Be- und Entlastungen der Bereiche Steuer, Sozialversicherung und Kohlefinanzierung zusammennimmt, dann verbleibt ein Entlastungsvolumen für 1996 von insgesamt rund 20 Mrd. DM. In dieser Höhe können die privaten Haushalte der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der genannten Maßnahmen mit einer Steigerung des verfügbaren Einkommens rechnen. Eine Entlastung um 20 Mrd. DM ist

## Übersicht

### Finanzielle Auswirkungen des Jahressteuergesetzes 1996 auf die privaten Haushalte der Bundesrepublik Deutschland

Maßnahme	Mrd. DM
<b>Neuregelung des Existenzminimums und Einführung des Einkommensteuertarifs 1996</b> . . . . .	<b>15,5</b>
davon	
Lohnsteuer . . . . .	12,9
Einkommensteuer . . . . .	1,4
Solidaritätszuschlag . . . . .	1,2
<b>Reform des Familienlastenausgleichs</b> . . . . .	<b>8,8</b>
davon	
Neuregelung des Kindergeldes . . . . .	45,2
Wegfall des bisherigen Kindergeldes . . . . .	- 20,1
Wegfall des bisherigen Kinderfreibetrags . . . . .	- 16,3
<b>Steuervereinfachung und Rechtsangleichung</b> . . . . .	<b>- 3,4</b>
<b>Nettoentlastungen insgesamt</b> . . . . .	<b>20,9</b>

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Institut der deutschen Wirtschaft.

nicht wenig. Sie ist beispielsweise ähnlich hoch wie diejenige des Steuersenkungsgesetzes 1986/88, die damals einen merklichen Konjunkturimpuls nach sich gezogen hat.

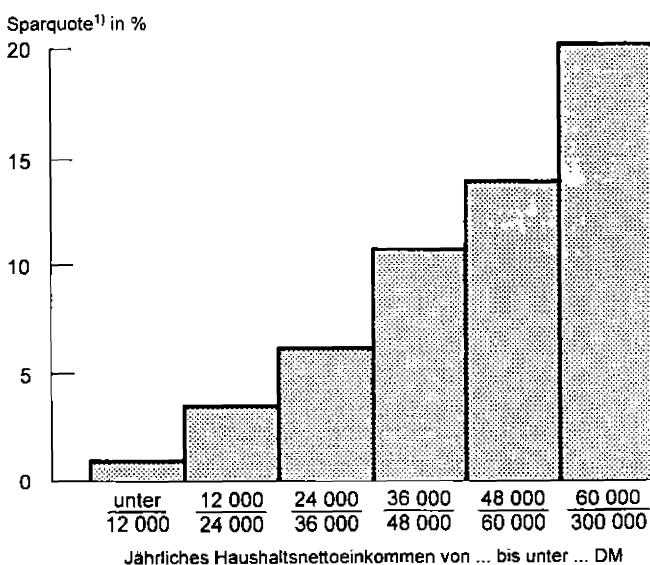
### Einkommenserhöhungen fast voll konsumwirksam

Nach einhelliger Meinung der Konjunkturbeobachter wird die dadurch erreichte Erhöhung des verfügbaren Einkommens fast ausschließlich dem Privaten Verbrauch zugute kommen.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1995. DIW-Wochenbericht 42-43/1995 (Zitierweise: Herbstgutachten), S. 727. Vgl. auch Institut der deutschen Wirtschaft: Aufschwung mit Wachstumspause, in: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft iwd, Nr. 45/1995 (Zitierweise: iwd), S. 4/5.

Schaubild 2

### Sparquoten der privaten Haushalte Baden-Württembergs nach dem jährlichen Haushaltsnettoeinkommen 1988



1) Sparquote = Ersparnis je ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen. Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988.

Eine wichtige Ursache hierfür ist darin zu sehen, daß die Erhöhung des Existenzminimums und die Verbesserung beim Familienlastenausgleich hauptsächlich Bevölkerungsschichten mit geringerem Einkommen begünstigen, also solche Haushaltsschichten, die eine besonders hohe Konsumquote aufweisen. Nach überschlägigen Berechnungen dürften private Haushalte mit einem jährlichen Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen von bis zu 40 000 DM, bezogen auf das Jahr 1996, im Durchschnitt eine Konsumquote von über 95 % aufweisen, und für Haushalte mit einem jährlichen Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen von 40 000 DM bis 80 000 DM kann immer noch von einer Konsumquote von ungefähr 90 % ausgegangen werden. Diese überschlägigen Berechnungen stützen sich auf Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahre 1988, fortgeschrieben mit der voraussichtlichen Einkommensentwicklung bis zum Jahre 1996.

Zur Veranschaulichung des Spar- bzw. Konsumverhaltens nach Einkommensschichten sind in *Schaubild 2* die Sparquoten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 zusammengestellt. Aktuellere Daten über Einkommensschichten liegen nicht vor, jedoch ist die volkswirtschaftliche Konsumquote, definiert als Privater Verbrauch je verfügbarem Einkommen, seit 1990 kontinuierlich angestiegen; vor allem lag sie 1995 mit 88,5 % höher als 1988 mit 87,2 %.<sup>4</sup>

Für die hohe Konsumwirksamkeit der genannten Rechtsänderungen spricht also, daß die Entlastungen im Bereich der Einkommensteuer und des Familienlastenausgleichs vornehmlich die geringer verdienenden Bevölkerungsgruppen begünstigen, während die in der *Übersicht* aufgeführten Belastungen aus dem Jahressteuergesetz eher die besser verdienenden Haushalte betreffen. Überdies setzt die Erhöhung der Beitragsätze für die Sozialversicherungen – bis zur Beitragsbemessungsgrenze – proportional bei den Arbeitnehmern an.

Ein weiteres Argument dafür, daß die genannten Einkommensentlastungen zu einem sehr hohen Teil konsumwirksam werden dürften, ist die seit längerem zu beobachtende Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte. Sie betrifft, wie ein Vergleich des Privaten Verbrauchs und der Einzelhandelsumsätze in *Schaubild 1* zeigt, vor allem den Einzelhandel. Vom Einkommensschub könnte also eine starke Auflösung des bisherigen Konsumstaus ausgehen, und zwar um so mehr, als die momentan und voraussichtlich noch geraume Zeit sehr niedrigen Zinssätze gerade die geringer verdienenden Haushalte nicht dazu veranlassen dürften, vom Nettozusatz Einkommen allzuviel auf die hohe Kante zu legen.

## Direkter Konsumschub in Baden-Württemberg rund 1,75 Mrd. DM

Unter konjunktur- und arbeitsmarktpolitischen Aspekten ist die Frage interessant, wie sich der zu erwartende Konsumschub auf die Produktion und damit auch auf den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg auswirken könnte. In Übereinstimmung mit den Konjunkturbeobachtern wird davon ausgegangen, daß die oben diskutierten zusätzlichen Einkommen in Höhe von netto 20 Mrd. DM fast vollständig konsumwirksam werden.<sup>5</sup> Konkret wird hier für diese Nettozusatz Einkommen

<sup>4</sup> Vgl. Jahresgutachten, S. 88. Vgl. auch Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme in Deutschland im Jahre 1994, in: Monatsbericht Mai 1995, S. 17-45, insbesondere S. 22-24.

<sup>5</sup> Vgl. *iwD*, S. 4.

eine Konsumquote von 95 % angenommen, so daß sich rein rechnerisch ein Konsumimpuls von etwa 19 Mrd. DM ergibt. Bezogen auf den Privaten Verbrauch der Bundesrepublik Deutschland, der nach der Prognose des Sachverständigenrates 1996 bei rund 2,066 Billionen DM liegen dürfte, sind dies über 0,9 % zusätzliche Konsumausgaben.<sup>6</sup>

Der Private Verbrauch Baden-Württembergs dürfte 1996 bei rund 281 Mrd. DM liegen.<sup>7</sup> Von diesen 281 Mrd. DM dürften nach den Unterlagen der Input-Output-Rechnung schätzungsweise 190 Mrd. DM durch baden-württembergische Produktionsbereiche einschließlich Handel, Verkehr und Dienstleistungen beliefert werden; der Rest entfällt auf die Mehrwertsteuer sowie auf Lieferungen aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland.<sup>8</sup> Wenn man nun den zusätzlichen Konsumschub in Höhe von gut 0,9 % auf diese Lieferungen aus Baden-Württemberg überträgt, dann könnten sich aus den hier diskutierten Gesetzesänderungen Impulse für die konsumnahen baden-württembergischen Produktionsbereiche in Höhe von 1,75 Mrd. DM ergeben.<sup>9</sup>

Umfang und Struktur dieser konsumnahen Impulse aus baden-württembergischer Produktion gehen aus *Tabelle 2, Spalten 1 und 2* hervor. Dabei wird unterstellt, daß sich die aus den genannten Gesetzesänderungen ergebenden zusätzlichen Effekte strukturell so zusammensetzen wie der Private Verbrauch insgesamt. Die Daten wurden über Schätzungen bzw. Fortschreibungen mit Hilfe von Unterlagen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt. Wie in der Input-Output-Rechnung üblich, werden dabei die Handelsleistungen netto in Form ihrer Handelsspannen dargestellt.

Der Schwerpunkt der zusätzlichen Ausgaben von insgesamt 1,75 Mrd. DM liegt danach mit 771 Mill. DM oder 44,1 % bei den marktbestimmten Dienstleistungen (ohne Banken und Versicherungen) und mit 306 Mill. DM oder 17,5 % bei den netto verbuchten Einzelhandelsleistungen.

## Zusätzliche indirekte Effekte bei den Zulieferbereichen 760 Mill. DM

Viele Branchen des Landes profitieren von diesen Impulsen nicht nur direkt, zum Beispiel über Einzelhandelsleistungen,

<sup>6</sup> Diese auf den Privaten Verbrauch bezogene Quote stimmt im Ergebnis mit einer Schätzung des Instituts für Weltwirtschaft überein, das für 1996 durch die hier diskutierten Rechtsänderungen eine Zunahme des verfügbaren Einkommens um 0,8 % erwartet. Vgl. Artikel: Günstige Bedingungen für Belebung ab Mitte 1996, Handelsblatt vom 13. Dezember 1995, S. 4.

<sup>7</sup> Im Jahre 1993 betrug der Private Verbrauch Baden-Württembergs in jeweiligen Preisen 249,9 Mrd. DM. Wenn man für 1994 von einer Entwicklung entsprechend der Zunahme der alten Länder ausgeht, also + 3,4 % ansetzt (*Tabelle 1*), dann würden sich für 1994 rund 258,4 Mrd. DM ergeben. Für 1995 und 1996 kann für eine Fortschreibung bzw. Vorausschätzung nur die gesamtdeutsche Entwicklung zugrunde gelegt werden, die sich nach der Einschätzung des Sachverständigenrats bei + 3 3/4 bzw. + 4 3/4 % bewegt (Jahresgutachten, S. 231) und damit für 1996 zum gleichen Ergebnis kommt wie diejenige der sechs wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute mit + 3 1/2 und + 5 % (Herbstgutachten, S. 745). Unter Berücksichtigung einer weiterhin leicht unterdurchschnittlichen Entwicklung der alten Länder, aber bei einem innerhalb Westdeutschlands weiterhin eher etwas stärkeren Anstieg in Baden-Württemberg, errechnet sich der genannte Wert von 281 Mrd. DM für Baden-Württemberg zum Jahr 1996.

<sup>8</sup> Für 1996 wurde also eine Quote für den in Baden-Württemberg produktionswirksamen Teil von 67 % angesetzt. Diese Quote errechnet sich aus der Entwicklung entsprechender Anteilswerte der Input-Output-Tabellen 1982 bis 1990.

<sup>9</sup> Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß Produktions- und Beschäftigungseffekte, die der baden-württembergischen Wirtschaft in Form von Lieferungen an private Haushalte anderer Bundesländer zugute kommen, hier nicht berücksichtigt werden.

Tabelle 2

**Produktionssteigerungen durch Mehrkonsum aufgrund von Steuerentlastungen in Baden-Württemberg 1996**

Nr.	Produktionsbereich	Direkt		Indirekt		Direkt und Indirekt	
		Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
1	Landwirtschaft . . . . .	18	1,0	35	4,6	53	2,1
2	Energie, Bergbau . . . . .	45	2,6	35	4,6	80	3,2
3	Chemie, Kunststoff, Steine . . . . .	36	2,1	27	3,6	63	2,5
4	Eisen, NE-Metalle, Gießereien . . . . .	-	-	8	1,1	8	0,3
5	Maschinenbau, Fahrzeuge . . . . .	74	4,2	26	3,4	100	4,0
6	Elektrotechnik, EBM-Waren . . . . .	27	1,5	18	2,4	45	1,8
7	Holz, Papier, Textilien . . . . .	30	1,7	46	6,1	76	3,0
8	Nahrungsmittel, Tabak . . . . .	115	6,6	38	5,0	153	6,1
9	Bau . . . . .	9	0,5	42	5,5	51	2,0
10	Handel . . . . .	306	17,5	27	3,6	333	13,3
11	Verkehr, Nachrichtenübermittlung . . . . .	102	5,8	38	5,0	140	5,6
12	Kreditinstitute, Versicherungen . . . . .	101	5,8	133	17,5	234	9,3
13	Sonstige marktbestimmte Dienstleistungen . . . . .	771	44,1	257	33,8	1 028	41,0
14	Nichtmarktbestimmte Dienstleistungen . . . . .	116	6,6	30	3,9	146	5,8
1 - 14	<b>Alle Bereiche . . . . .</b>	<b>1 750</b>	<b>100</b>	<b>760</b>	<b>100</b>	<b>2 510</b>	<b>100</b>

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. - Quelle: Input-Output-Rechnung.

verbraucherorientierte Dienstleistungen oder die Herstellung von Gebrauchsgütern für den Endverbrauch, sondern auch indirekt, nämlich über Zulieferleistungen unterschiedlicher Art in vorgelagerten Produktionsbereichen. So wird – um nur eine von vielen relevanten Produktionsketten herauszugreifen – die zusätzliche Nachfrage nach Möbeln (direkter Effekt) die Produktion in der Holzverarbeitung anregen, die ihrerseits einen zusätzlichen Bedarf an Holz aus der Forstwirtschaft nachzieht und dort beispielsweise zusätzliche Energie- und Transportleistungen erfordert (indirekte Effekte).

Die Quantifizierung aller Zulieferleistungen gelingt mit der Input-Output-Analyse, die hier auf der Basis der baden-württembergischen Input-Output-Tabelle für 1990 durchgeführt wird.<sup>10</sup> Die Bezugnahme auf die Verflechtungsverhältnisse des Jahres 1990 unterstellt, daß sich zwischenzeitlich keine wesentlichen Veränderungen in den Verflechtungsbeziehungen des Landes sowie in der nationalen und internationalen Arbeitsteilung ergeben haben. Der dadurch bedingte Unsicherheitsgrad dürfte mit Bezug auf die hier vorgelegten stark aggregierten Ergebnisse relativ gering sein.

Nach den Ergebnissen der Input-Output-Analyse lösen die direkten Konsumeffekte in Höhe der genannten 1,75 Mrd. DM zusätzliche indirekte Produktionseffekte bei vorgelagerten Produktionsbereichen des Landes in Höhe von 760 Mill. DM aus. *Tabelle 2* zeigt in den *Spalten 3 und 4*, in welchem Umfang die einzelnen Branchen des Landes zusätzliche Aufträge von diesen Zulieferleistungen erhalten könnten. Aus dem Vergleich der *Spalten 1 und 3* in *Tabelle 2* geht hervor, daß dabei verschiedene Waren produzierende Branchen einschließlich Landwirtschaft und Energieversorgung von diesen indirekten Zulieferleistungen relativ stärker profitieren als von den direkten Konsumimpulsen. Dennoch stellen auch bei diesen indirekten Produktionseffekten die marktbestimmten Dienstleistungen mit knapp 34 % den wichtigsten Bereich dar.

Insgesamt ergibt sich aus dem hier diskutierten Konsumschub eine potentielle Produktionsausweitung im Umfang von 2,51 Mrd. DM (*Tabelle 2, Spalten 5 und 6*).

### Beschäftigtenpotential von insgesamt 13 000 Erwerbstitigen

Um die davon ausgehenden Wirkungen auf den Arbeitsmarkt auszurechnen, können diese Produktionseffekte mit Hilfe sogenannter Arbeitskoeffizienten in Arbeitsplatzziffern umgerechnet werden. Dabei sind gleichzeitig die Produktivitätsverhältnisse des Jahres 1996 anzusetzen.<sup>11</sup>

Nach diesen Berechnungen könnte die Wirtschaft Baden-Württembergs durch die genannten Maßnahmen im Jahre 1996 rund 13 000 Erwerbstitige binden. Dies heißt mit anderen Worten, daß 1996 in dieser Größenordnung Arbeitsplätze in den konsumnahen Produktionsbereichen sowie bei den Zulieferern des Landes gesichert bzw. teilweise sogar neu geschaffen werden könnten. Dieses potentielle Beschäftigtenvolumen liegt etwa so hoch wie die Anzahl der Arbeitskräfte, die 1995 in der Wirtschaftsgruppe Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen oder in der Gummiverarbeitung des Landes beschäftigt waren. Von diesen 13 000 Erwerbstitigen entfallen rein rechnerisch knapp 4 500 Erwerbstitige auf die marktbestimmten Dienstleistungen einschließlich Banken und Versicherungen, über 3 300 Erwerbstitige auf den Handel und etwa 2 100 Erwerbstitige auf das Produzierende Gewerbe.

Das genannte Beschäftigtenpotential in Höhe von 13 000 Erwerbstitigen entspricht ungefähr 0,3 % aller Erwerbstitigen des Landes. Angesichts der Tatsache, daß seit 1992 die Erwerbstitigkeit auch in Baden-Württemberg rückläufig ist und sich die Arbeitslosenquote zwischen 1991 (3,7 %) und 1995 (7,4 %) praktisch verdoppelt hat, ist dies keine zu vernachlässigende Größe. Besonders stark profitieren könnten die Bereiche Handel, Verkehr und marktbestimmte Dienstleistungen mit einer Ausweitung des Beschäftigtenpotentials um jeweils + 0,6 %, außerdem das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit + 0,5 % sowie die Land- und Forstwirtschaft und die Bereitstellung von Energie mit jeweils + 0,4 %. Besonders der Einzelhandel, der in den letzten Jahren einen starken Umsatz- und Beschäftigteneinbruch erleiden mußte, könnte also etwas zuversichtlicher in die nähere Zukunft blicken.

<sup>11</sup> Die Arbeitskoeffizienten sind für jeden Produktionsbereich als Erwerbstitige je nominalem Produktionswert definiert. Aktuelle Werte liegen bis 1994 vor. Zur Schätzung der Ziffern für 1996 wurde die Entwicklung der Erwerbstitigen je nominaler Bruttowertschöpfung für 1995 und 1996 mit jeweils + 3 3/4 % angesetzt (Jahresgutachten, S. 2 und 231).

<sup>10</sup> Vgl. Münzenmaier, Werner: Input-Output-Tabellen 1990, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/1995, S. 235-241. Alle Modellrechnungen wurden auf der Basis von 58 Produktionsbereichen durchgeführt, die Ergebnisse werden hier aber stärker aggregiert ausgewiesen.

## Ausblick

Die Hoffnungen für direkt und indirekt konsumorientierte Branchen wirken weit über das Jahr 1996 hinaus. Bei den hier diskutierten Impulsen für die Einkommen der privaten Haushalte und damit für den Privaten Verbrauch handelt es sich nämlich um Effekte, die noch auf Jahre hinaus anhalten bzw. sich sogar ausweiten können. Im Jahressteuergesetz 1996 ist vorgesehen, das Existenzminimum 1997 auf 12 365 DM für Ledige bzw. 24 731 DM für Verheiratete und 1999 nochmals auf 13 067 DM bzw. 26 135 DM anzuheben sowie ab 1997 den Kinderfreibetrag auf 6 912 DM je Kind und das Kindergeld für das erste und zweite Kind auf 220 DM zu erhöhen. Schon 1997

dürften danach die steuerlichen Nettoentlastungen der privaten Haushalte von derzeit knapp 21 Mrd. DM auf rund 32 Mrd. DM ansteigen und dann ab 1999 nochmals auf ungefähr 33,5 Mrd. DM pro Jahr zunehmen. Insoweit kann von einer Verfestigung bzw. Steigerung der hier errechneten Produktions- und Beschäftigeneffekte ausgegangen werden, soweit sie auf das Jahressteuergesetz 1996 zurückzuführen sind. Diese Impulse werden in den konsumnahen Branchen umso stärker zum Tragen kommen, je weniger in diesen Jahren die Einkommen und die Ausgabenbudgets der Bürger durch Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge von anderer Seite aus belastet werden.

Dr. Werner Münzenmaier



STATISTISCHES LANDESAMT BADEN - WÜRTTEMBERG



## MATERIALIEN UND BERICHTE, Heft 5

*Wichtige wirtschaftliche Verflechtungen werden transparent*

# 25 Jahre Input-Output-Rechnung Baden-Württemberg

Der Jubiläumsband enthält 40 Beiträge, insbesondere Untersuchungen zur Zahl der Arbeitsplätze in Baden-Württemberg, die beispielsweise vom Automobilbau, vom Export oder vom privaten Verbrauch abhängig sind. Darüber hinaus werden künftige Aufgabenschwerpunkte der Input-Output-Rechnung vorgestellt. Der methodisch interessierte Leser erhält einen Überblick über die Grundlagen der Tabellenerstellung.

*384 Seiten, zahlreiche Tabellen und Schaubilder, Preis: DM 45.- zuzüglich Versandkosten, Artikel-Nr. 8032 95001, ISBN 3-923 292-43-0*

*Vertrieb: Metzler-Poeschel Verlag, Werastraße 21 - 23, 70182 Stuttgart, Telefon (0711) 21 94 - 104, Fax (0711) 21 94 - 119*